



Takis Würger Der Jungautor verrät, wieso er aus Cambridge floh. Von Thomas Widmer

Netzwerk der Snobs

Hans heisst der Romanheld und ist eine Verdopplung des Schriftstellers Takis Würger, der ihn schuf. Die zwei teilen vieles: deutsche Herkunft, Liebe zum Boxen, Drang nach England; Hans zieht es ebenfalls an die Eliteuniversität Cambridge. Dort deckt er verbrecherische Machenschaften in einem exklusiven Herrenzirkel auf. Das Buch «Der Club» wird darob zum Thriller.

Bis zum Erscheinen von «Der Club» in diesem Jahr kannte man Würger, 32-jährig, als Nachwuchsjournalisten, der aus Afghanistan, Libyen und dem Irak reportierte, beim «Spiegel» arbeitet und Preise gewann. Seither mehr der viel beachtete Roman Würgers Nimbus. Dies umso mehr, als er selber in Cambridge studiert hat - einem Mythos von Lehranstalt. Allein dessen St. John's College hat 20 Staatsoberhäupter, zehn Nobelpreisträger, drei Heilige hervorgebracht.

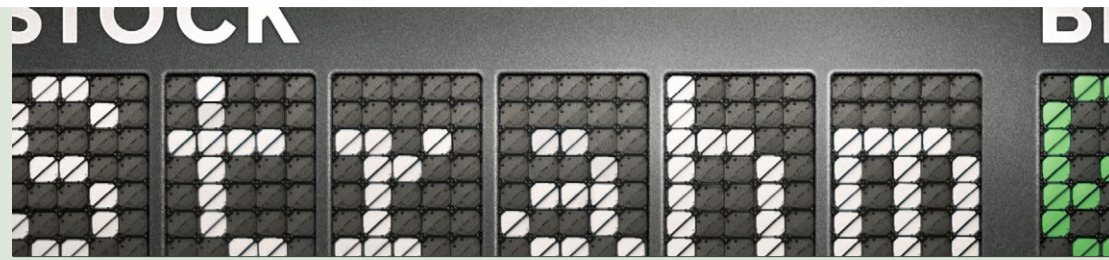
Dieser Tage hat Würger auf «Spiegel online» begründet, warum er es in Cambridge auf Dauer doch nicht aushält; während einer Auszeit vom Journalismus hatte er sich dort mit Ideengeschichte beschäftigt. Drei Trimester lang; eins habe er gelernt, eins gesoffen, eins geboxt.

Indem Würger für den Boxclub gegen Dauerrivale Oxford mit antrat, was offenbar als besonders heroisch gilt, bekam er Zugang zu einer Subwelt von Cambridge: den vielen Clubs und Gesellschaften. Die Adonians sind schwul und geben sich - angeblich - Orgien hin. Die Apostles sind Genies und essen Sardinien auf Toast. Die Wyverns haben das Hobby Trinken: Sie tragen, heisst es, eine Tonne mit sich herum, in die sie erbrechen, um weiterzubechern. Und die Caesarians mögen Elektroschocks.

Würger wurde zum verböten Pitt Club zugelassen. Er traf den Nachfahren eines indischen Maharadschas und einen äthiopischen Prinzen; immerhin habe es auch Mitglieder gegeben, die nicht aus begüterten Familien kamen, berichtet er. Etwas anderes als die Herkunft habe die Mitglieder geeint, sagt Würger: ihr Wissen, zur Elite zu gehören. «Wer drin ist, profitiert davon, dass andere draussen sind.»

Allmählich tat sich der deutsche Stipendiat schwer mit dem Netzwerk der Snobs. «Die Klassengesellschaft liegt dort schwer wie Gussbeton», schreibt er über England und erwähnt das bekannte Beispiel der beiden Politiker David Cameron und Boris Johnson, die in Oxford in demselben Dining Club waren. Die intransparente Kumpanei tue dem Land nicht gut: «Die Finanzbranche ist entfesselt und ohne jedes Mass; die Wirtschaft schwächelt, weil nicht die Besten nachrücken, sondern die Nächsten.»

Würger hatte irgendwann genug und verliess Cambridge ohne Abschluss. Sein bester Freund, ein reicher Engländer, hatte dem Pitt Club eine Absage erteilt. Er fragte Würger: «Warum brauchst du einen Club, um das Gefühl zu haben, irgendwo dazuzugehören?»



Kolumne Rudolf Strahm

Das Geld muss hierbleiben

Die Wirrnis um die Energievorlage, über die wir bald abstimmen, ist gross. Ich kann mich nicht erinnern, dass die Wirtschaftsverbände bei einer wichtigen wirtschaftspolitischen Vorlage intern je so gespalten waren.

Economiesuisse verzichtete wegen interner Meinungsdivergenzen auf eine Abstimmungsempfehlung. Der Schweizerische Gewerbeverband wirbt für die Annahme. Denn auf dem Werkplatz Schweiz sind in den Branchen Gebäudetechnik, Energieeffizienz, Cleantech Zehntausende von gewerblichen Arbeitsplätzen geschaffen worden.

Die Swissmem-Verbandsspitze propagiert zwar ein Nein, aber die Grossen der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie wie ABB, Stahl Gerafingen, Siemens Schweiz, Landis & Gyr sind dafür. Der Verband Scienceindustries der Pharma und Chemie, in dessen Vorstand Magdalena Martullo-Blocher das grosse Wort führt, sagt zwar Nein, aber die Grossen Novartis und Roche enthalten sich der Stimme. Die FDP Schweiz beschloss zwar die Ja-Parole, aber einige Kantonalparteien scheren aus. Die SVP bekämpft die Vorlage fundamental. Aber alle andern bürgerlichen Parteien und das ganze links-grüne Lager empfehlen klar ein Ja.

Diese Gespaltenheit findet ihre Personifizierung in der Figur des Albert Rösti. Als SVP-Präsident war er treibende Kraft zur Lancierung des SVP-Referendums. Als Pöstchensammler der Nation wirkt der SVP-Präsident gleichzeitig als Präsident des Atom-Lobbyverbandes Aves, als Präsident des Dachverbands der Brennstoffhändler Swissoil und als Präsident des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes (SWV). Der letztere Verband kämpft heftig für mehr Bundessubventionen für die derzeit defizitären Grosswasserkraftwerke. Die Landwirte, die von der Förderung von Solardächern und Biogasanlagen und von der Holzschnitzel-Wirtschaft profitieren, werden - einer Empfehlung des Bauernverbands folgend - ein Ja in die Urne legen. Ebenso die gewerblich-mittelständische Wählerbasis. Das Referendum ist in der SVP über die Köpfe der Basis durchgedrückt worden. Die Unterschriftensammlung verlief deshalb harzig.

Atomausstieg: Fakten unbestritten

Die Energiestrategie 2050 ist komplex und langfristig angelegt. Woran soll sich der Stimmbürger halten? Wir bemühen uns hier um ein Ordnen von Fakten und Fake-News. Drei Tatsachen sind dabei unbestritten.

● Erstes Faktum: Die Zeit der Atomkraftwerke ist am Ablaufen. Die Energievorlage gibt kein Abschaltdatum vor. Aber die technisch bedingte Materialverspöndung wird die bestehenden AKW spätestens in den 2030er-Jahren zur Abschaltung bringen.

● Zweites Faktum: In den nächsten Jahrzehnten ist ein AKW-Neubau nicht denkbar. Nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch weil der Bau und Betrieb schlicht nicht wirtschaftlich wäre. Dies wird nach vierzigjährigem Hoffen auf neue Atomtechnologie auch von den hartgesottensten Atomgläubigen heute eingeräumt.

● Drittes Faktum - und dieses führt zum Zerwürfnis: Die zwangsläufige Abschaltung der AKW führt irgendwann, vielleicht in den 2030er-Jahren, zu einer Stromlücke. Die Energiestrategie, über die wir abstimmen, will vorausschauend diese lange Zwischenzeit nutzen. Den einen gehen die vorgesehenen Massnahmen gegen die Versorgungslücke zu weit, den anderen genügen sie nicht.

Für die dannzumalige Stromversorgung nach der Abschaltung der AKW gibt es ja bloss drei Möglichkeiten: Entweder importieren wir mehr Strom, oder wir nutzen durch Effizienzverbesserungen die Geräte besser, oder wir erzeugen mehr Strom im Inland.

Die Energiestrategie 2050 will massiv verstärkte Stromimporte vermeiden. Vielmehr will sie erstens eine weitere Effizienzsteigerung von Verbrauchsgeräten und Anlagen. In dieser technologischen Revolution sind wir mittendrin. Die LED-Beleuchtung braucht 90 Prozent weniger Strom als die Glühbirne. Die Solarpanels sind seit 2010 80 Prozent billiger geworden.

Intelligente Stromnetzsteuerungen vermeiden Engpässe. Mein Reihenhaus konnte mit einer Wärmepumpenanlage 64 Prozent Gesamtenergieverbrauch einsparen. Vor zwanzig Jahren hätte man solches nicht für möglich gehalten. Diese stille Effizienzrevolution soll mit der Energievorlage gefördert werden und wird sicherlich weiter gehen.

Die Energiestrategie 2050 will zweitens die Stromproduktion von Strom und Wärme aus Solarenergie, Wind und Biogas im Inland stärker fördern. Da haben wir im Vergleich zu andern europäischen Ländern einen Nachholbedarf.

Der stärkere Ausbau dieser dezentralen Stromproduktion indes kostet. Er wird gefördert, indem den Investoren eine (im Zeitablauf sinkende) kostendeckende Einspeisevergütung für ihre dezentrale Stromerzeugung garantiert wird. Die Energievorlage, über die wir abstimmen, will zu diesem Zweck den Strompreisschlag von bisher 1,5 auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöhen. Diese 0,8 Rappen mehr bringen einer vierköpfigen Familie im Durchschnitt Mehrkosten von 40 Franken pro Jahr. Wer es nicht glaubt, rechne selber aufgrund seiner Stromrechnung nach.

Inlandinvestition statt Importausgaben

Die Propaganda gegen die Abstimmungsvorlage behauptet, sie bringe Mehrkosten von 3200 Franken pro Haushalt. Dies sind Fake-News, eine ungeheuerliche Irreführung. Diese Propaganda verwechselt die Ohnehin-Kosten, die in der Energiewirtschaft in den nächsten dreissig Jahren zur Erneuerung des bestehenden alten Wasserkraftparks und der Stromanlagen nötig sind, mit der Energievorlage. Die früher vorgesehene, rückerstattbare Energiesteuer ist zudem bereits gestrichen worden.

Um bei den Fakten zu bleiben, muss man allerdings redlicherweise auch dies einräumen: Mit der Abstimmungsvorlage wird die Stromlücke nach dem Auslaufen aller Atomkraftwerke in den 2030er-Jahren nicht gänzlich geschlossen. Die vorgesehenen neuen erneuerbaren Energien ersetzen etwa die Hälfte. Die andere Hälfte muss durch effiziente Zukunftstechnologien oder durch mehr erneuerbare Energien oder durch sparsame Gaskombiheizkraftwerke geleistet werden. Über diese Technologien soll die nächste Generation entscheiden.

Wir zahlen derzeit rund 10 Milliarden Franken jährlich für Energieimporte, namentlich für Heizöl, Benzin und Erdgas. Jede Energiestrategie kostet. Entweder zahlen wir Kosten für energetische Investitionen im Inland, die hochwertige Cleantech-Arbeitsplätze bringen - oder für die Importkosten ans Ausland. Wirtschaftlich vernünftiger ist, dass das Geld hierbleibt und bei uns beschäftigungswirksam wird!

Die Energiestrategie löst nicht alle Probleme. Sie ist ein in fünfjährigem Ringen erarbeiteter parlamentarischer Kompromiss. Dieser wird eigentlich nur von der SVP-Spitze in Fundamentalopposition und von praxisfernen, ideologischen Marktgläubigen bekämpft.

Eine Ablehnung schafft auf Jahre hinaus keine bessere Alternative. Die Gegner der Vorlage haben schlicht keine Alternativen präsentiert. Man sollte die Zeit nutzen. Mit einer Ablehnung würde ausgerechnet die von der Gegnerschaft angedrohte Versorgungslücke nur näher rücken.

«Eine Ablehnung schafft keine bessere Alternative.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich als Kolumnist mit der Autorin Laura de Weck und dem Politgeografen Michael Hermann ab.

Frankreich Das politische System Frankreichs steckt in der Krise, die Fünfte Republik soll am Ende sein. Aber - was ist das eigentlich? Von Thomas Widmer

Un, deux, trois, quatre, cinq

Frankreichs Fünfte Republik sei am Ende, hat man nach dem ersten Gang der Präsidentschaftswahl gehört und gelesen. Ausschlaggebend für die Diagnose ist dies: Seit der Gründung der Fünften Republik 1958 hatten sich die bürgerliche Rechte und die Linke an der Macht abgewechselt; diesmal aber sind die entsprechenden Kandidaten ausgeschieden und im zweiten Wahlgang nicht vertreten.

Das französische System ist nicht mehr stabil; eine neue Zeit scheint anzubrechen. Doch wie sieht eigentlich die Vergangenheit aus, wie war das genau mit den Republiken eins bis fünf, wie entstanden sie, was prägte sie?

● Erste Republik, 1792 bis 1804. Frankreich, das ist der Sonnenkönig, das sind die absoluten Monarchen, das ist die Anlage von Versailles. Mit der Französischen Revolution endet die stolze Phase. Freilich zeitigen die Aufstände dieser Welt oft unerwartete Ergebnisse. Die Französische Revolution bringt die Guillotine hervor, Fanatiker wie Robespierre und am Ende einen neuen Diktator: Napoleon. Mit seiner Krönung entsteht das Kaiserreich; adieu, Republik.

● Zweite Republik, 1848 bis 1852. Ein kurzlebiges Gewächs, diese Zweite Republik, die mit der sogenannten Februarrevolution beginnt. Louis-Philippe, letzter regierender König des Landes, wird abgesetzt; fortan lebt er als Graf von Neuilly im englischen Exil. In der Einrichtung der neuen Republik konkurrenzieren sich fortschrittliche Elemente (kostenlose Grundschule) und konservative Elemente (öffentliche Ordnung als Grundprinzip des Staatswesens). Zugrunde geht sie am Staatsstreich des Napoleon-Neffen. Er regiert als «Prince-Präsident» und legt sich als Napoleon III. auch den Kaisertitel zu.

● Dritte Republik, 1870 bis 1940. Mit der katastrophalen Kriegsniederlage gegen die Deutschen ist Napoleon III. erledigt. Es entsteht wieder eine Republik, aus der einzelne Dinge bis heute überleben: Zum Beispiel wird die katholische Kirche zurückgedrängt, der Laizismus - die strenge Trennung von Religion und Staat - ist fortan Grundbaustein der Staatsphilosophie. Frankreich ist lange Zeit, neben der Schweiz und San Marino, die einzige sich haltende Republik in einem monarchischen Europa. Als Siegermacht im Ersten Weltkrieg holt sie sich von den Deutschen Elsass-Lothringen zurück, darbt später in der Weltwirtschaftskrise, kapituliert im Zweiten Weltkrieg vor Hitlers Wehrmacht, die Paris besetzt. Mit dem Kollaborationsregime von Vichy ist die Dritte Republik 1940 tot.

● Vierte Republik, 1946 bis 1958. Nach dem Aus für Vichy und dem Ende des Zweiten Weltkriegs kommt die Vierte Republik. Deren politische Landschaft ist enorm zerklüftet mit vielen Parteien. Das heisst: Instabilität mit unzähligen Regierungen nacheinander, die sich oft aus mehreren Partnern zusammensetzen. Dies ist die Periode, in der Frankreich seine Kolonien aufgeben muss. Gleichzeitig verliert die Regierung die Kontrolle über das Militär, das sich quasi selbstständig und von Alger aus putschen will. Schliesslich kommt Kriegsgeneral Charles de Gaulle aus dem Ruhestand zurück und übernimmt die Macht. Er arbeitet massgeblich die Verfassung der Fünften Republik aus.

● Fünfte Republik, 1958 bis heute. Die Fünfte Republik ist auf starke Präsidenten zugeschnitten; auf Figuren wie de Gaulle und François Mitterrand, die ihr Amt füllen und praktisch ohne Parlamentseinfluss im Alleingang die Aussen- und Sicherheitspolitik gestalten: Man redet von «Präsidentialmonarchie». Lange Zeit gibt es nur alle sieben Jahre eine Präsidentschaftswahl, später alle fünf Jahre. Zweiter wichtiger Faktor ist das Majorwahlrecht, das die grossen Parteien begünstigt, sodass zwei starke Blöcke sich über die Jahrzehnte gegenüberstehen, die Linken und die Bürgerlichen. So ist das bis in die Gegenwart, in der das System schwächelt und an seine Grenzen stösst.

Emmanuel Macron, der reformerische Strahlemann von der Neobewegung En Marche, und Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National bestreiten den zweiten Wahlgang. Das zeugt davon: Frankreichs Wahlvolk hat genug von den dominanten Parteien und Mechanismen der Fünften Republik.